

Der Kompromiss als Sprungfeder für die Konfrontation

Es wurde von links und von rechts schon viel darüber geschrieben, wie sich die Ausnahmestellung von Christoph Blocher in der Schweizer Politiklandschaft erklären lässt. Spannend an der neuen Deutung des Wirtschaftsprofessors Reiner Eichenberger ist der Ansatz, das Phänomen Blocher nicht aus dessen Person oder Botschaft zu begreifen, sondern aus den realpolitischen Strukturen der Schweiz, gegen die Blocher immer wieder ankämpft und die ihm zugleich für seinen Kampf den roten Teppich ausrollen.

Text REINER EICHENBERGER

Christoph Blocher dürfte zugleich der verehrteste und der am meisten verschriene lebende Schweizer Politiker sein. Für viele ist er ein visionärer und innovativer Kämpfer für Freiheit und direkte Demokratie, der Entscheidendes für Unabhängigkeit und Wohlstand der Schweiz geleistet hat und leistet. Andere sehen in ihm einen sturen Neinsager und laut polternden Zürcher, der nicht zum konkordanzorientierten System der Schweiz passt, die direkte Demokratie missbraucht und eine Bedrohung für die Schweiz darstellt. Doch in manchem sind sich Anhänger und Kritiker auch einig: Christoph Blocher ist ein ausserordentlich kraftvoller und einflussreicher Politiker, mit einer herausragenden Karriere, einer eigenen Handschrift und sogar einem hohen Bekanntheitsgrad und vielen Bewunderern im Ausland.

Wie kann das Phänomen Blocher erklärt werden? Viele Anhänger halten ihn einfach für aussergewöhnlich leistungsfähig. Manche Kritiker behaupten, sein Erfolg habe stark mit seinen finanziellen Möglichkeiten zu tun, und er spreche niedrige Instinkte an, was gefährlich einfach sei. Andere meinen, er habe hervorragende kommunikative Fähigkeiten. Er könne nicht nur bestens in sehr unterschiedlichen Spielarten kommunizieren – etwa ganz einfach und klar, holzschnittartig populistisch, humorig unterhaltend, feurig engagiert, ruhig überlegen, erregt gestikulierend, konzis sachorientiert und auch sezierend akademisch –, sondern er beherrsche wie nur ganz wenige den schnellen und gezielten Wechsel zwischen den verschiedenen Diskursformen. Deshalb drohen selbst Gegner, die sich auf ihn einlassen, seinen Argumenten zu erliegen. Das könnte erklären, weshalb ihn viele Kritiker so prinzipiell ablehnen. Zuweilen beschleicht einen das Gefühl, sie hielten sich an Odysseus' Rezept, angesichts von Sirenen gesängen der eigenen Entourage Wachs

in die Ohren zu träufeln und sich selbst an den Mast binden zu lassen, um nur ja nicht den Sirenen zu erliegen.

Im Folgenden wird nicht versucht, Christoph Blochers Leistungen, Erfolge und Misserfolge darzustellen oder seinen Charakter zu zeichnen. Vielmehr soll der grosse Bogen seiner politischen Karriere verständlicher gemacht werden: Ein überaus erfolgreicher Zürcher Unternehmer mit grossen intellektuellen und kommunikativen Fähigkeiten, mit Begeisterung für die Schweizer Institutionen will die Schweizer Politik verändern und wird deshalb auch noch Politikunternehmer. Wie aber kann er mit der Schweizer Politik nicht zufrieden sein, wenn er von ihren Institutionen begeistert ist? Weshalb kann er auf pointierte Opposition setzen, wo das doch so nicht ins Schweizer System zu passen scheint? Für Christoph Blochers Werdegang ist neben seinen persönlichen Fähigkeiten und Charakterzügen vor allem ein Aspekt entscheidend: Er ist selbst ein Produkt der schweizerischen politischen Institutionen. Um das verständlich zu machen, muss zuerst ein Bild der Schweizer Institutionen gezeichnet werden.

Institutionen schaffen Konkordanz Prägend für die Schweiz und in dieser Intensität weltweit einmalig sind ihre direkte Demokratie und ihr kleinräumiger Föderalismus mit grosser Autonomie von Kantonen und Gemeinden. Das sind denn auch die Institutionen, die Christoph Blocher genauso positiv sieht wie die moderne politisch-ökonomische Forschung.¹

Das dritte einmalige Charakteristikum ist die Konkordanz, also die Tatsache, dass die Regierungen von Bund, Kantonen und Kommunen parteilich stark durchmischt sind und oft alle wichtigen poli-

tischen Kräfte in sich vereinen. Als Ursache der Konkordanz, die anders als direkte Demokratie und Föderalismus nicht explizit in der Verfassung festgeschrieben ist, wird zumeist die direkte Demokratie benannt. Die Politiker wollten sich gegen Referenden absichern und holten deshalb alle Kräfte ins Boot. Oft wird auch vermutet, die Wähler hätten eine Präferenz für Konkordanz und würden deshalb bewusst Politiker unterschiedlicher Parteien in die Regierungen wählen. Regelmässig wird sodann behauptet, infolge der Konkordanz sei der repräsentativ-demokratische Wettbewerb in der Schweiz schwächer als in anderen Ländern, in denen die Mehrheitsverhältnisse im Parlament und die Regierungsmacht regelmässig zwischen den Parteien wechseln würden. Doch das alles ist unvollständig bis falsch.

Erstens ist das Schweizer System extrem wettbewerblich. Nur findet der Wettbewerb nicht durch abrupte Wechsel der gesamten Regierungsmacht oder der Parlamentsmehrheit statt, sondern viel feiner abgestuft und leiser. Feiner, indem die Sitzzahl und damit der relative Einfluss der Parteien in den Parlamenten und Regierungen oft wechseln. Zudem ist der innerparteiliche Wettbewerb sehr stark, weil die Wähler bei den Nationalratswahlen und den kantonalen Wahlen nicht an die vorgegebenen Parteilisten gebunden sind, sondern ihre Stimmen kumulieren und panaschieren können. Leiser, weil es im schweizerischen System ohne klare Trennung zwischen Regierungsmehrheit und Opposition eben keine typische Opposition gibt, die laut und stereotyp alles verdammt, was die Regierung will, nur um es dann ähnlich selbst anzustreben, wenn sie einmal an der Macht ist.

Zweitens ist Konkordanz die Folge der zumeist verkannten, wahren dritten typisch schweizerischen Institution, ihrer Wahlver-

fahren. In der Schweiz werden anders als überall sonst die allermeisten wichtigen politischen Ämter im Mehrheitswahl- oder Majorzverfahren vergeben. Das gilt explizit für die volksgewählten Ständeräte und die Regierungsmitglieder in fast allen Kantonen² sowie die parlamentsgewählten Bundesräte. Es gilt aber auch implizit für die Nationalräte aus den kleinen Kantonen mit nur einem Sitz und annähernd für diejenigen aus Kantonen mit zwei Sitzen. Natürlich gibt es auch in anderen Ländern Parlaments- und Präsidentenwahlen im Majorzverfahren, aber nirgends werden alle wichtigen Regierungsmitglieder von Volk oder Parlament in Mehrheitswahlen gewählt, und nur sehr selten finden Mehrheitswahlen mit einer so vielfältigen Parteistruktur statt. Normalerweise führen Mehrheitswahlen zu einem Zwei- oder Dreiparteiensystem. In der Schweiz hingegen sorgen die Proporzwahlen im Nationalrat dafür, dass die parteiliche Vielfalt sehr gross bleibt. Deshalb hat die Schweiz ein weltweit einmaliges Vielparteiensystem mit Majorzwahlen für die wichtigsten Ämter. Das prägt die Anreize und so das Verhalten ihrer Politiker.

Theorie: Mehrheitswahl und Bürgernähe Die meisten Politiker bevorzugen Ämter, die ihnen viel persönlichen Einfluss geben. Sie möchten lieber einer der 46 Ständeräte als einer der 200 Nationalräte und zumeist lieber eines der wenigen Regierungsmitglieder als einer der vielen Parlamentarier sein. Wenn nun die bevorzugten Ämter fast ausschliesslich in Majorzwahlen vergeben werden – also an die Kandidaten, die eine absolute oder relative Mehrheit der Stimmen erringen –, können die Kandidaten im Normalfall keine extremen Positionen einnehmen, sondern müssen möglichst die Mitte des politischen Spektrums der Wähler repräsentieren. Übertragen auf



Bernhard Schobinger, Blitzzabläser-Kette, 1988, © 2015, ProLiteris, Zürich

19. September – 15. November

Wege der Sammlung V

ADRIAN SCHIESS
BERNHARD SCHOBINGER
ANNELIES ŠTRBA

Schenkung Sammlung Graber

Richard Tuttle
Replace the Abstract Picture Plane IV

Dorfstrasse 27 | 6301 Zug | www.kunsthausezug.ch

Kunsthause Zug

Entscheidungen, über die nach dem Parlament auch noch das Volk befindet, bedeutet das, dass die Politiker möglichst wie die Mehrheit der Bürger stimmen und in diesem Sinne «volksnah» sein müssen. Tatsächlich tun das die meisten Schweizer Majorzpolitiker sowie die National-, Kantons- und Stadträte, die gern in ein solches Amt aufsteigen möchten, ganz unabhängig davon, bei welcher Partei sie sind.³ Als Folge steht den Wählern zumeist eine Auswahl an Politikern zur Verfügung, die sich von ihren grundsätzlichen Positionen kaum oder nur wenig unterscheiden. Die Wähler stützen ihre Entscheidung deshalb vermehrt auf andere Charakteristika der Kandidaten, insbesondere auf deren wahrgenommene Kompetenz, aber auch auf oberflächlichere Aspekte wie Wohnort, Beruf, Geschlecht, Alter etc. So ist es dann zum Beispiel bei einer kantonalen Regierungsratswahl mit sieben Regierungssitzen höchst unwahrscheinlich, dass aus Sicht eines typischen Wählers eine Partei sieben Kandidaten hat, die ihm alle besser gefallen als der attraktivste Kandidat aller anderen Parteien. Folglich verteilt er seine Stimmen zumeist auf Kandidaten verschiedener Parteien. Anders gesagt, es ist ausgeschlossen, dass eine Partei sieben Kandidaten hat, die jeweils einer Mehrheit der Wähler besser gefallen als der attraktivste Kandidat einer der anderen Parteien. Deshalb lohnt es sich für keine Partei, sieben Kandidaten aufzustellen. Das Resultat ist dann genau das, was wir heute sehen: Die Regierungen und auch der Ständerat setzen sich aus Politikern aus allen wichtigen Parteien zusammen, die Unterschiede zwischen den Amtsinhabern sind oft kleiner als diejenigen zwischen den Amtsinhabern und ihren eigenen Parteien, und sie können trotz unterschiedlicher Parteizugehörigkeit wenigstens aus Sicht von ausländischen Beobachtern erstaunlich gut zusammenarbeiten.

Das Gleiche gilt bei Bundesratswahlen. Keine Partei verfügt über sieben Kandidaten, die einer Mehrheit aller Parlamentarier näherstehen als alle anderen Kandidaten aller anderen Parteien. Entsprechend ergäbe sich auch ohne implizite (Zauber-)Formel eine Durchmischung des Bundesrates.

Realität: Mehrheitswahl und Classe politique Nicht nur einzelne Kandidaten, sondern ganze Parteien, die Regierungs- oder Ständeratssitze oder in kleinen Kantonen Nationalratssitze erobern wollen, müssen sich in die politische Mitte bewegen. Deshalb sind die Unterschiede zwischen den wichtigen Politikern ideologisch klein, und fast alle sind eher konsens- und kompromissorientiert. Das macht die Politik zuweilen ein wenig langweilig und visionslos. Aggressive Wahlkampagnen lohnen sich weniger als in einem klassischen Mehrheitswahlsystem mit nur zwei (oder drei) Parteien. Wenn es einer Partei unter viel Aufwand gelingt, eine andere zu beschädigen, profitieren davon vor allem die restlichen Parteien.

Auf den ersten Blick erscheint das vorteilhaft. Die Politiker müssen möglichst die Präferenzen einer Mehrheit der Wähler erfüllen, und sie machen nicht viel Klamauk. Doch Mehrheitswahlen haben einen gewichtigen Nachteil. Sie funktionieren so lange problemlos, wie die Politiker nicht ähnliche eigene Ziele verfolgen. Reale Mehrheitswahlen aber führen nicht dazu, dass die Politiker genau die politische Mitte vertreten. Sie haben einen gewissen Spielraum, der ihnen erlaubt, auch eigene Ziele zu verfolgen. Beispielsweise haben die Amtsinhaber gegenüber den Herausforderern einen natürlichen Vorsprung, der ihre Wiederwahl wahrscheinlicher macht und ihnen so erlaubt, von der Mitte des politischen Spektrums in der von ihnen

präferierten Richtung leicht abzuweichen. Solange die eigenen Ziele oder Ideologien zwischen den Politikern unterschiedlich sind, weichen sie in unterschiedlicher Richtung von der Mitte des politischen Spektrums ab. Bei Regierungs- und Parlamentsentscheidungen kompensieren sich ihre Abweichungen dann gegenseitig, sodass insgesamt wieder ziemlich genau die politische Mitte herauskommt. Wenn aber die Amtsinhaber in ähnlicher Richtung von der Mitte des Wählerspektrums abweichen, resultieren politische Entscheidungen, die systematisch vom Volkswillen abweichen.

Natürlich gibt es solche für Politiker typischen Ziele, die von den Interessen der Wähler abweichen. Für Politiker wird ihre Arbeit zumeist umso angenehmer und einfacher, je besser gefüllt die Geldtöpfe des Staates sind, je weniger die Bürger und Interessengruppen in ihre Geschäfte hineinreden können, je schwächer der Wettbewerb mit anderen staatlichen Einheiten ist und je enger ihre Politik an diejenige der wichtigen Partnerländer und internationalen Organisationen angepasst ist. Politiker tendieren deshalb dazu, von der Mitte des politischen Spektrums der Wähler abzuweichen und eher für hohe allgemeine Steuern (aber natürlich mit Erleichterungen für die eigene Klientel), eher gegen Ausbau und wenn möglich für Einschränkung der direkten Demokratie und eher für nationale und internationale Absprache und Koordination der Politik einzutreten. Natürlich gibt es viele gegenteilige Lippenbekenntnisse und auch echte Ausnahmen, die aber, um es verkürzt zu sagen, die Regel bestätigen. Deshalb dürfte auch die Schweizer Politik systematisch vom «Volkswillen» abweichen, wenn auch weniger als in anderen Ländern.

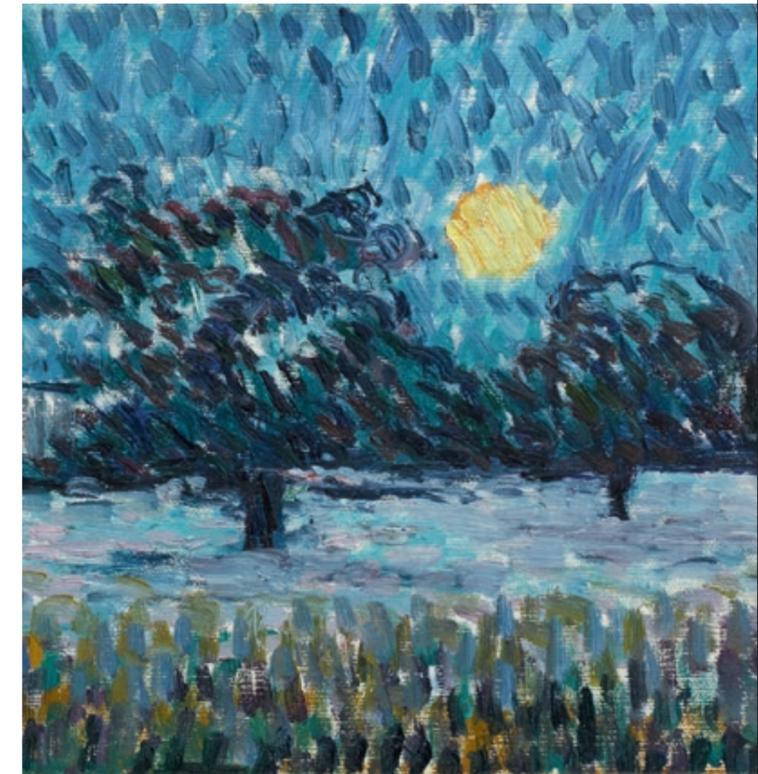
Politikunternehmer, Direktdemokrat und Zürcher Das öffnet die Tore für Politikunternehmer wie Christoph Blocher, die mit Überzeugung eigene politische Ziele verfolgen. Es erlaubt ihnen, in der von ihnen bevorzugten Richtung vom Volkswillen abweichende Politikvorschläge einzubringen und – falls sie weniger stark als die Mehrheitspolitiker vom Volkswillen abweichen – damit Volksmehrheiten zu gewinnen. Anderenfalls können sie immerhin schöne Achtungserfolge verbuchen.

Der eine Mechanismus, um solche Vorschläge einzubringen, sind die direktdemokratischen Instrumente. Politische Unternehmer haben deshalb neben ihrer Überzeugung gleich zwei gute Gründe, für direkte Demokratie einzutreten: Sie können als Verbündete des Volkes punkten, weil viele Politiker der direkten Demokratie gegenüber zurückhaltender als das Volk sind. Zudem ermöglicht ihnen die direkte Demokratie, Vorschläge zu realisieren, die ihren eigenen Präferenzen besser entsprechen als die von den meisten Majorzpolitikern vertretenen Positionen. Kein Wunder also, dass sich viele Majorzpolitiker über Politikunternehmer und ihre Nutzung der direkten Demokratie so ereifern.

Politikunternehmer, die das von Mehrheitswahlen geprägte Politikgleichgewicht nicht nur mit einzelnen Nadelstichen stören wollen, müssen regelmässig Initiativen und Referenden lancieren. Dafür brauchen sie die logistische Unterstützung einer Partei. Zudem möchten sie natürlich auch gern über den repräsentativ-demokratischen Prozess Einfluss nehmen. Also gründen oder übernehmen sie eine Partei. Wie aber können sie mit ihrer Partei Erfolg haben, ohne sich selbst stark an die politische Mitte anzupassen und so ihre eigenen «Unternehmensziele» aufzugeben? Die Antwort bietet die Rolle des Nationalrats. Seine Sitze werden zum grossen Teil nach

FISCHER

Kunstauktionen
25. bis 27. November 2015



Giovanni Giacometti, Winternacht. Entstanden um 1906. Öl auf Lwd., 21 x 28 cm (Ausschnitt).
Verkauft im November 2011 für CHF 406'000 (inkl. Aufgeld).

Vorberechtigungen

Zürich (Auswahl): 2./3. November 2015
Genf (Auswahl): 6./7. November 2015
Luzern (alle Objekte): 14. bis 22. November 2015

Kategorien

Moderne & zeitgenössische Kunst
Gemälde alter Meister & Gemälde 19. Jh.
Schweizer Kunst
Arbeiten auf Papier
Einrichtungsgegenstände & Design
Kunstgewerbe
Schmuck, Armband- und Taschenuhren

www.fischerauktionen.ch

Galerie Fischer Auktionen AG

Haldenstrasse 19 | 6006 Luzern | Schweiz
Tel. +41 (0)41 418 10 10 | Fax +41 (0)41 418 10 80
Email: info@fischerauktionen.ch

SBB CFF FFS

Die hohe Kunst des Sparens.

Online kaufen auf sbb.ch/ausstellungen.

BIS ZU 30%* RABATT

RailAway

* z.B. m.a.x. museo, Chiasso, 10% Ermässigung auf die Zugfahrt nach Chiasso und zurück und den Transfer sowie 30% Ermässigung auf den Eintritt in das m.a.x. museo, Chiasso. sbb.ch/maxmuseo

Geniessen Sie aktuelle Ausstellungen zum kleinen Preis.

Future Present. Emanuel Hoffmann-Stiftung.
Bis 31. Januar 2016
Schaulager Basel

Joan Miró. Mauer, Fries, Wandbild.
2. Oktober 2015 bis 24. Januar 2016
Kunsthaus Zürich

Auf der Suche nach 0,10. Die letzte futuristische Ausstellung der Malerei. Kasimir Malewitsch und die russische Avantgarde.
4. Oktober 2015 bis 10. Januar 2016
Fondation Beyeler, Riehen/Basel

Hodler Anker Giacometti. Meisterwerke der Sammlung Christoph Blocher.
11. Oktober 2015 bis 31. Januar 2016
Museum Oskar Reinhart, Winterthur

dem Proporzverfahren vergeben. Wenn ein politischer Unternehmer Einfluss und Aufmerksamkeit gewinnen will, muss er eine gewisse Zahl von Parlamentssitzen haben. Mit einer neuen oder neu ausgerichteten Partei ist es aber fast unmöglich, in einem Kanton mit ein paar wenigen Nationalratssitzen eine grössere Zahl von Sitzen zu gewinnen. Je kleiner der Kanton ist, desto weniger Sitze hat er und einen umso grösseren Teil der Wähler muss ein Kandidat ansprechen, um einen Sitz zu gewinnen. Nur in grossen Kantonen kann eine noch kleine Partei eine hinreichende Zahl von Sitzen erobern, um dann auf Bundesebene Einfluss und Aufmerksamkeit zu gewinnen. Der Kanton Zürich mit seinen in den letzten Jahren 34 Sitzen ist dafür ideal und weit besser geeignet als die anderen grossen Kantone Bern, Waadt und Aargau mit 26, 18 und 16 Sitzen. Christoph Blocher und «seine» SVP sind deshalb nicht typisch für die politische Orientierung der Zürcher, sondern solche Erfolge sind vor allem in Zürich

möglich, ganz unabhängig von der politischen Orientierung. Typisch ist der Stil vielmehr allgemein für Politikunternehmer, die auf den Erfolg in Proporzwahlen angewiesen sind, um die durch Majorzwahlen geprägten politischen Gleichgewichte anzugreifen. Und typisch ist die Reaktion der Majorzpolitiker, entsetzt den Stil der Proporzpolitiker zu kritisieren und inhaltliche Diskussionen zu meiden.

Politikunternehmer im Dilemma Zürcher Erfolge sind aber nur schwer auf andere Kantone übertragbar. Das grosse Problem von Politikunternehmern und Parteien, die nicht die politische Mitte, sondern eigene Ziele vertreten wollen, ist, dass auch viele ihrer aktiven Mitglieder nach möglichst einflussreichen Ämtern streben. Weil diese in der Schweiz ausschliesslich im Majorzverfahren vergeben werden, tendieren die Kandidaten dazu, in die politische Mitte zu rücken und die «harte Linie» des Politikunternehmers oder der Partei nicht mehr vollauf zu vertreten. Das Gemeine für politische Unternehmer und Parteien ist dabei, dass gerade ihr Erfolg bei den Wählern die Chancen ihrer besten Kandidaten auf ein Majorzamt realistischer erscheinen lässt und so deren Abwanderung in Richtung politische Mitte fördert. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Nationalrat nach einem Majorzamt strebt, hängt entscheidend von der Kantonsgrösse ab oder genauer von der Summe Ständeratssitze plus kantonale Regierungsratssitze relativ zur Zahl der Nationalratssitze. In kleinen Kantonen kann dieses Verhältnis leicht über 5 liegen, in Zürich beträgt es lediglich 0,26. Deshalb ist es in kleinen Kantonen für die Parteileitung sehr viel schwieriger, Nationalratsmitglieder auf Oppositionskurs zu halten als in grossen Kantonen wie dem Kanton Zürich.

Die Parteileitung kann auf diese missliche Situation mit ganz unterschiedlichen Strategien reagieren. Erstens kann sie ihre Parlamentarier, die für höhere Ämter kandidieren, in Richtung politische Mitte ziehen lassen. Das ist aber mit zwei Risiken verbunden. Wenn sie von den Wählern nicht als ehrliche Vertreter der politischen Mitte eingeschätzt werden, sind ihre Wahlchancen klein. Deshalb werden die Parlamentarier schon länger vor ihrer Kandidatur für ein Majorzamt eher zurückhaltender politisieren. Wenn die Kandidaten aber die Kurve vom Oppositionskurs zu einer mehrheitsfähigen Position schaffen und gewählt werden, wird ihre bisherige Politik in Misskredit gezogen; sie müssen ja nachher gegen ihre eigene frühere Position argumentieren.

Zweitens können Politikunternehmer und Parteien versuchen, die Kandidatur von erfolgreichen Nationalräten für Majorzämter zu verhindern. Aber auch dafür zahlen sie einen hohen Preis: Entweder müssen sie die Kandidaten für ihren Verzicht kompensieren, zum Beispiel indem sie sie mit attraktiven Parteiamtern ausstatten; diese sind aber nur beschränkt multiplizierbar. Sodann könnten sie solche Politiker fördern, die aufgrund persönlicher Charakteristika für Majorzämter, unabhängig von ihrer politischen Position, kaum wählbar sind. Der Königsweg schliesslich dürfte sein, Kandidaten zu fördern, die zwar aufgrund ihrer Fähigkeiten sehr wohl majorzfähig

wären, aber aufgrund spezieller Bedingungen und Anreize ziemlich sicher kein Majorzamt anstreben, etwa weil sie zeitlich ausgelastete Unternehmer sind oder eine Zeitschrift verlegen, die sich auf die pointierte Kritik der Classe politique spezialisiert hat. Wenn für alle diese Strategien die geeigneten Persönlichkeiten zu knapp sind, können Politikunternehmer und Parteien der Abwanderung ihrer Weggefährten in Richtung politische Mitte vorbeugen, indem sie für Majorzämter Kandidaten von ausserhalb der Partei rekrutieren. Diese sind nicht mit einer früheren «Oppositionskarriere» vorbelastet, ihre Politik im Falle eines Wahlerfolgs steht nicht in offensichtlichem Widerspruch zu ihrer eigenen früheren Politik, und im Falle eines Nichterfolgs wird dieser weniger der Partei zugerechnet.

- 1 Siehe dazu die unzähligen Publikationen der Ökonomen Beat Blankart, Lars Feld, Bruno Frey, René Frey, Gebhard Kirchgässner, Christoph Schaltegger, Alois Stutzer, Mark Schelker und vom Autor dieses Beitrags, aber auch von Politikwissenschaftlern, etwa Wolf Linder und Adrian Vatter.
- 2 Die Ständeräte werden nur in den Kantonen Jura und Neuenburg (seit 2011) nach dem Proporzverfahren gewählt. Allerdings bedingt es auch bei nur zwei verfügbaren Sitzen sehr hohe Stimmenanteile für den Wahlerfolg. Die kantonalen Regierungsräte werden nur in den Kantonen Tessin und Zug (nur bis 2013) nach dem Proporzverfahren gewählt.
- 3 Dass Ständeräte tatsächlich den Volkswillen besser repräsentieren als Nationalräte der gleichen Partei und dass vor allem diejenigen Nationalräte zu Ständeräten aufsteigen, die stärker den Volkswillen repräsentieren, zeigen Marco Portmann, David Stadelmann und der Autor dieses Beitrags in verschiedenen eingehenden statistischen Vergleichen des Abstimmungsverhaltens von National- und Ständeräten und des Volks.

Im Text zitierte Literatur:

Marco Portmann, David Stadelmann, Reiner Eichenberger [2012]: *District Magnitude and Representation of the Majority's Preferences: Quasi-Experimental Evidence from Popular and Parliamentary Votes*. In: *Public Choice*, 151 [3-4], 585-610.

David Stadelmann, Marco Portmann, Reiner Eichenberger [2013]: *Voters Elect Politicians Who Closely Matched Their Preferences*. In: *Economics Bulletin* 33, 2, 1001-1009.

David Stadelmann, Reiner Eichenberger, Marco Portmann [2012]: *Evaluating the Median Voter Model's Explanatory Power*. In: *Economics Letters*, 114 [3], 312-314.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg und Forschungsdirektor von CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts).

Die fantastische LEGO®-Kunst des Nathan Sawaya

The Art of the Brick®

Erstmals in der Schweiz



AUSSTELLUNG
ab 25. September 2015
PULS 5, ZÜRICH

Informationen:
www.theartofthebrick.ch

Ticketvorverkauf: Ticketcorner 0900 800 800 (CHF 1.19/Min. ab Festnetz) und alle üblichen Vorverkaufsstellen

Sponsor: comcard

Mediapartner: Radio 1, Enges & Jaeger, Scorelog/Collog, SBB OFF PPS, RailWay-Kombi, abc, opus, encore, kjojo

The Art of the Brick wird von der Produktion in Zusammenarbeit mit Open One und Grosse & Reinhardt.

SWISS ART SALE

AUKTION · 8. Dezember 2015
Kunsthaus Zürich, Vortragssaal

VORBESICHTIGUNG · 4.-7. Dezember 2015
Kunsthaus Zürich, Vortragssaal · Heimplatz 1 · 8001 Zürich

KONTAKT · Hans-Peter Keller
hkeller@christies.com · +41 44 268 10 12



MAX BURI (1868-1915)
Handorgelspieler
unten rechts signiert „MAX BURI“
Öl auf Leinwand
82 x 61 cm
CHF 200'000-300'000

christies.com

CHRISTIE'S
THE ART PEOPLE